

**Bezugspreis:**  
Bieteljährlich 36.— M., monatlich 12.— M.  
frei ins Haus, wozu jährlich Post-  
betrag: Romantik 12.— M., einjährig  
Bezugsgebühren. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, das Saar- und  
Rheinland, sowie die rheinische beid-  
seitigen Gebiete Polens, Ostpreußen,  
Litauen und Lettland 22.— M., für  
das übrige Ausland 24.— M. Post-  
bestellungen nehmen an Deltreith,  
Lugard, Krefeld, Elmafeld, Bismarck,  
Holland, Burgund, Schwaben  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Woll und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Himmels“ und der  
Beilage „Erdung und Kleinanzeigen“  
erscheint wochentlich zweimal, Samstags  
und Montags einmal.  
Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die neuangelegte Kompositionelle  
folgt 6.— M. „Achtung Anzeigen“  
das ist gedruckt Wort 2.— M. (zu-  
lässig zwei fettgedruckte Worte), jedes  
weitere Wort 1.— M. Stellengeld  
und Schließungsanzeigen das erste  
Wort 1.— M., jedes weitere Wort  
60 Hg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Seite 350 M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Anzeigenzuschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Satzgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Morikplatz 15195-97  
Expedition Morikplatz 11753-54

Montag, den 17. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Morikplatz 11753-54

## Bürgerliche Mehrheit in Groß-Berlin.

### Das Gesamtergebnis.

(Vorläufiges Ergebnis; es fehlt noch der 15. Kreis).

Sozialdemokraten	343 917
Unabhängige Sozialdemokraten	318 206
Kommunisten	157 013
Sozialistische Parteien zus.	819 166
Demokraten	122 623
Deutsche Volkspartei	299 800
Deutschnationale Volkspartei	255 962
Wirtschaftliche Vereinigung	83 531
Zentrum	61 249
Deutschsoziale	12 588
Bürgerliche Parteien zus.	835 753

Das Bürgertum hat recht zu jubelieren. Es hat erreicht, woran zu denken zu Weibels und Singers Zeit beinahe eine Väterlichkeit gewesen wäre: Berlin, das „rote Berlin“ hat keine sozialdemokratische Mehrheit, es hat auch keine noch so mühsam zusammengestückelte „sozialistische Mehrheit“. Was selbst beim großen Niederritt von 1907 mißlungen ist, das ist am 16. Oktober 1921 gelungen. Die bürgerlichen Parteien sind Herren im „roten Berlin“!

Sie sind es, auch wenn sich bei den fortgesetzten Berechnungen ergeben sollte, daß die gestückelte „sozialistische Mehrheit“ statt des Vorsprungs von 25 Mandaten doch noch einen Vorsprung von einem Mandat besitzt — und auch das ist unwahrscheinlich, denn ein wenn auch geringes Uebergewicht der Bürgerlichen scheint jetzt schon sicher. Was wäre mit einer „sozialistischen Mehrheit“ anzufangen, die noch mit einem Mandat im Vorsprung ist, und die nur zu errechnen ist, indem man die Kommunisten ihr zuzählt!

Die politische Arbeiterbewegung in Groß-Berlin hat eine schwere Niederlage erlitten. Das muß hier um so deutlicher ausgesprochen werden, als diejenigen Parteiorgane, die am meisten Ursache dazu hätten, die geringste Reizung zeigen, ihren Anhängern die Wahrheit zu sagen. Wollten wir unsere Leser über die leidigen Tatsachen hinwegtrösten, so könnten wir sagen, daß unsere Partei sich glänzend gehalten hat, daß sie als die stärkste sozialistische Partei, die stärkste Partei in Berlin überhaupt aus der Wahl heroorgegangen ist. Mehrliche Trostgründe fehlen den Unabhängigen und den Kommunisten vollständig, denn die Niederlage der sozialistischen Mehrheit ist auf den Stimmenrückgang zurückzuführen, den diese beiden Linksparteien gegenüber den Juniwahlen von 1920 erlitten haben.

Die „Freiheit“ erschien heute morgen mit der Riesenerüberschrift: „Die USP die stärkste Partei“. Das bezieht sich aber auf die Ergebnisse von Klein-Berlin, der sechs inneren Kreise, in denen die USP richtig vor der Sozialdemokratie einen kleinen Vorsprung hat, während sich das Verhältnis in ganz Groß-Berlin zugunsten der Sozialdemokratie ändert. Aber ist denn das die Hauptsache, ob die eine oder die andere Arbeiterpartei der anderen um einige tausend Stimmen voraus ist? Nein, die Hauptsache ist, daß Berlin am 20. Oktober 1921 aufgehört hat, die uneinnehmbare Hochburg der sozialistischen Arbeiterbewegung zu sein.

Geradezu kläglich aber ist das Geschwätz, das die Hauptschuldigen, die Kommunisten, in ihrer „Roten Fahne“ verüben. Ihnen beginnen die Augen aufzugehen, da sie ihr Blatt mit der Ueberschrift versehen: „Bürgerliche Mehrheit im roten Berlin“, trotzdem haben sie den Mut zu schreiben:

So können wir Kommunisten mit dem Spiegelbild der Lage, daß uns das Wahlergebnis so gut und so schlecht wie es eben ein Wahlergebnis bieten kann, gibt, zufrieden sein. Was die kommunistische Partei selbst anbetrifft, so hat sie ihren Bestands gehalten. Trotz aller Stürme, aller Verfolgungen und Verleumdung verfügt sie über einen beachtenswerten Anhang unter der Arbeiterklasse.

Die Bürgerlichen haben die Mehrheit im „roten Berlin“, und die Kommunisten — sind zufrieden! Warum auch nicht? Es ist ja ihr Wert! Diese Esel, die sich einbildeten, mit Hilfe einiger Maschinengewehre die Macht über ganz Deutschland erringen zu können, finden sich jetzt „beachtenswert“, weil sie noch nicht zehn Prozent der Berliner Bevölkerung, der dichtesten Industriebevölkerung Deutschlands, zur Abgabe kommunistischer Stimmzettel zu bewegen verstanden!

Wir Sozialdemokraten hätten vielleicht mehr Grund, „zufrieden“ zu sein und unsere Gegner von links, die uns in

Berlin schon tollkugeln, zu fragen, was aus ihren Prophezeiungen geworden ist. Aber wir empfinden es, wie jeder, der ein Herz für die Sache der Arbeiterbewegung hat, als den Gipfel der Uebertheit oder der Infamie, von „Zufriedenheit“ zu reden an dem Tage, an dem es wahrscheinlich geworden ist, daß eine bürgerliche Mehrheit in das Stadtparlament von Groß-Berlin einziehen wird.

Eine solche Niederlage konnte nicht möglich werden, ohne daß schwerste Fehler begangen wurden. Klar ist vor allem das eine, daß der alten einigen Sozialdemokratie nie hätte passieren können, was der zersplitterten sozialistischen Arbeiterbewegung widerfahren ist. Nicht die Unabhängigen, nicht die Kommunisten ernten die Früchte der Spaltung, die kapitalistische Reaktion tut es!

Und dann ist noch ein anderes klar. Ist denn die „bürgerliche Mehrheit“, vom Standpunkt der sozialen Klassenscheidung aus gesehen, „bürgerlich“? Sie ist es nicht! Es gibt in Berlin nicht 835 000 reiche Leute, die mit ihrem Klasseninteresse an die bürgerlichen Parteien gebunden sind. Hunderttausende von Angestellten und Beamten, auch Arbeiter, die in karglichen Verhältnissen leben und die gewiß ihrer Klassenlage nach keine Freunde des Kapitalismus sind, haben bürgerlich gestimmt. Hunderttausende sind zuhause geblieben. Warum? Weil sie von dem ekelhaften Treiben der Kommunisten im Roten Hause angewidert waren, weil sie von der zersplitterten sozialistischen Arbeiterbewegung keine posi-

tiven Leistungen im Interesse der Gesamtheit und ihrer sozial leidenden Schichten erwarteten! Darum haben sie die Niederlage der Arbeiterbewegung herbeigeführt und ihr eine Lehre erteilt, die heilsam sein muß, wenn sie imstande ist zu lernen.

Das rote Berlin ist nicht mehr! Es heißt wieder von vorne anfangen. Es gilt, die propagandistische Kraft der sozialistischen Idee aufs Neue zu entfalten, es gilt durch positive Arbeit zu zeigen, wo die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger ihre wirkliche Interessensvertretung haben. Wir Sozialdemokraten verlieren nicht den Kopf, wir fangen heute wieder von vorne an! Wir haben es schon einmal getan damals, als blinde Leidenschaft sich nicht genug darin tun konnte, die alte sozialdemokratische Partei in Berlin herunterzureißen und niederzutrampeeln. Damals schien die alte Partei in Berlin nahezu ausgelöscht, aber ehe zwei Jahre ins Land gegangen waren, da war sie schon wieder in Berlin die stärkste Partei.

Wir müssen wieder aufbauen, was die anderen zerstört haben, das rote Berlin, die uneinnehmbare Hochburg der Sozialdemokratie. Ja, Genossinnen und Genossen, das wollen wir tun! Eure Festigkeit, Eure Begeisterung, Eure Liebe zur Arbeiterbewegung, die heute entsetzt auf einen Trümmerhaufen schaut, wird auch dieses Werk schaffen.

Das rote Berlin bürgerlich? Das soll ihnen nicht noch einmal gelingen!

## 13 Punkte über Oberschlesien.

London, 16. Oktober. (W.B.) „Observer“ bringt eine Uebersicht über die Entscheidung des Obersten Rats in der oberschlesischen Frage, die morgen veröffentlicht werden soll. Das Reinergebnis der Lösung des Völkerbundes ist dem Statte zufolge, daß die Hälfte des oberschlesischen Industriegebiets, das infolge seiner jahrhundertelangen Entwicklung unter deutscher Verwaltung einer der wichtigsten industriellen Mittelpunkte Europas geworden ist, und besonders das wirklich ertragsreiche Industriegebiet Oberschlesiens Deutschland weggenommen und Polen gegeben wird. In der Hauptsache läuft die Lösung auf folgendes hinaus:

### Der Wirtschaftsplan.

1. Politisch: Die neue Grenzlinie schneidet mitten durch das Industriegebiet. Sie ist festgelegt worden nur nach dem Grundsatz, eine Mindestzahl von Polen auf deutscher und eine Mindestzahl Deutscher auf polnischer Seite zu lassen.
2. Wirtschaftlich: Man habe versucht, der politischen Grenze die Bedeutung zu nehmen, indem man gewisse wirtschaftliche Maßnahmen auflegte, die dazu bestimmt seien, den einheitlichen Charakter des Industriegebietes während eines Zeitraums von 15 Jahren zu wahren. Es werde die Schaffung einer gemischten Kommission von Deutschen und Polen vorgeschlagen, sofern beide Parteien dies wünschten, unter dem Vorsitz eines Völkerbundsvertreters. Diese Kommission soll die Befugnis haben, die praktischen Einzelheiten zur Durchführung des Planes auszuarbeiten. Der Kommission solle zur Seite stehen eine Reihe von gemischten Ausschüssen.
3. Bei der Frage der Eisenbahnen solle z. B. ein gemischter Ausschuss einen Plan zur Aufrechterhaltung des gesamten Eisenbahnnetzes sowohl auf deutscher wie auf polnischer Seite der Grenzlinie als gemeinsames System für das gesamte Industriegebiet ausarbeiten. Die Einnahmen aus den Eisenbahnen sollen nach der Länge der Schienenstrecke sowie nach dem Umfang des Verkehrs in den verschiedenen Zonen verteilt werden.
4. Es sei klar, daß eine politische Grenze sofort eine Zollgrenze werde. Um diesen Einwand zu beheben, schloge der Völkerbundrat vor, daß zwei Uebergangsperioden geschaffen werden sollen a) eine Periode von sechs Monaten, und b) eine Periode von 14 1/2 Jahren, während deren die normalen Zollabgaben eingestellt werden sollen.
5. In der Periode von 6 Monaten soll beiden Staaten vollkommen gestattet sein, ihre Geschäfte zu organisieren, als ob die politische Grenze überhaupt nicht bestände. Wenn beispielsweise ein besonderer Artikel, der nach Deutschland eingeführt werde, zur Verarbeitung in Oberschlesien nach einer Fabrik geschickt werden soll, die auf der polnischen Seite der neuen Grenzlinie liege, so könne der Gegenstand die neue Grenze passieren, ohne daß dafür ein Zoll entrichtet werden müsse.
6. In der Periode von 14 1/2 Jahren sollen alle Rohstoffe, die aus der deutschen oder polnischen Zone stammen oder in einer dieser Zonen verbraucht werden sollen, die Grenze ohne

Zoll hin und her passieren. Dergleichen können z. B. deutsche Waren, die in deutschen Fabriken, die in der neuen polnischen Zone liegen, fertiggestellt werden sollen, zollfrei ausgehen.

7. Die gemischte Kommission soll befugt sein, ein allgemeines Uebereinkommen zwischen Deutschland und Polen auszuarbeiten, das eine vollständige Ausfuhrfreiheit der Artikel vorsieht, die von den Industrien auf der jeweilig anderen Seite der Grenzlinie benötigt werden. Eine besondere Klausel ist beigefügt, die es Deutschland nicht gestattet, auf Waren aus Polen Einfuhrzoll zu legen.

8. Während der Periode von 15 Jahren sei keinerlei Zwangsenteignung gestattet.

9. Die Deutschen, die auf der polnischen Seite der Grenze leben, haben während der 15 Jahre das Recht, für die deutsche Untertanenschaft zu stimmen.

10. Die deutsche Mark wird als gesetzliches Zahlungsmittel in der polnischen Zone anerkannt.

11. Die deutsche soziale Gesetzgebung bleibt in Kraft, bis die polnische Regierung allgemeine eigene Gesetze ausgearbeitet hat.

12. Die Wasserversorgung im ganzen Industriegebiet, auf jeden Fall soweit die bestehenden Systeme in Betracht kommen, bleibt in „dauernder internationaler Dienstbarkeit“.

13. Das augenblickliche System der elektrischen Kraftversorgung soll bestehen bleiben. Die Polen sollen jedoch nach einem Zeitraum von drei Jahren das Recht haben, eine der beiden Kraftstationen im Dreieck anzukaufen. Die Kraftstation, die für den Ankauf durch Polen in Betracht kommt, ist die von Chorzow, das auf polnischer Seite liegt, da die andere Kraftstation, nämlich die von Hindenburg, auf deutscher Seite liegt.

### Die politische Grenze.

„Observer“ kann über den genauen Verlauf der vom Völkerbund vorgeschlagenen politischen Grenze in Oberschlesien keine Angaben machen, man könne jedoch jetzt mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß neben Pleß und Rybnik drei der wichtigsten industriellen Mittelpunkte, nämlich Kattowitz, Königshütte und Tarnowitz an Polen fallen werden. „Observer“ erklärt die Unabhängigkeit von Kattowitz und Königshütte, die bei der Abstimmung eine Mehrheit von 17 537 bzw. 21 525 Stimmen zugunsten Deutschlands ausgewiesen hätten, sei der bei weitem ernsteste Punkt im Völkerbundsplan. Vor allem sei wichtig, daß Kattowitz der Eisenbahnmittelpunkt des südlichen Teiles des Industriegebietes sei. Die Hauptlinie Berlin-Kraus gehe durch Kattowitz. Der südwestliche und westliche Teil des Bergwerksgebietes gehöre Polen. Die Zinzegend, die fast vollkommen im östlichen Teile des Industriegebietes liege, von östlich Beuthen, bis Antonienhütte und bis zum Lipinebogen, werde ebenfalls polnisch. „Observer“ weist darauf hin, daß, obgleich die deutschen Interessen bis zu einem gewissen Grade in dem oberschlesischen Gebiet, das man Deutschland jetzt wegnehme, geschützt seien, der Zeitraum, in dem dies der Fall sei, nur 15 Jahre betrage. Danach trete Polen in den Vollbesitz. Das Kapital, die Leitung und die gelehrten Arbeiter in den jetzt Polen zugesprochenen Gebieten seien vollkommen deutsch.

# Reichstagsbeginn unbestimmt.

## Krise wahrscheinlich!

Der Vorkommensauschuss des Reichstages beschloß am Montag vormittag, die Reichstagsmitglieder für Donnerstag nach Berlin zu berufen. Ob bereits am Donnerstag eine Plenarsitzung abgehalten werden wird, hängt von den Mitteilungen ab, die der Reichsregierung über die Entscheidung des Obersten Rates zu den Geisler-Beschlüssen im Laufe der Woche noch zugehen werden.

Der Beschluß des Vorkommensauschusses ist ziemlich bedeutungslos, denn wann der Reichstag wirklich wieder zusammentritt, hängt von der weiteren Entwicklung der politischen Krise ab.

Heute nachmittag findet eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses statt, der mit Recht viel größere Bedeutung beigemessen wird. Sie wird entscheiden, ob die Meinung der Sozialdemokraten und eines Teiles der Bürgerlichen Oberhand behält, nach der über das Bleiben oder Gehen des Kabinetts Birtch der Reichstag selbst bestimmen soll, oder ob die Meinung jenes Teils der Bürgerlichen steigt, nach der das Kabinett gar nicht erst vor den Reichstag treten, sondern schon zuvor seine Demission geben soll.

Im ersten Fall ist es gewiß, daß das Kabinett Birtch in den nächsten Tagen ein Vertrauensvotum erhalten und bleiben wird. Im zweiten Fall wird der Reichstag erst zusammenzutreten können, wenn die Regierung umgebildet oder neugebildet sein wird. Wenn dies der Fall wäre, vermag dann niemand zu sagen, und ebensowenig läßt sich voraussehen, ob Birtch und die sozialdemokratischen Minister dem neuen Kabinett angehören werden und ob überhaupt die Sozialdemokratie dann noch in der Regierung sein wird.

Sachlich wird die um- oder neugebildete Regierung wenigstens nach außen hin keine andere Politik treiben können, als Birtch sie getrieben hat. Man spricht davon, daß nach dem Kabinett der „unbedingten Erfüllung“ ein Kabinett der „bedingten Erfüllung“ gebildet werden soll, aber diese Unterscheidung ist unsinnig. Auch die Politik Birtchs ist oder war keine Politik der „unbedingten“ Erfüllung, die gibt es überhaupt nicht, sondern auch sie ist bedingt durch den Rechtsgrund, daß niemand über sein Können hinaus verpflichtet werden kann. Jeder Versuch aber, die Erfüllungspolitik an andere Bedingungen zu knüpfen, würde an den bestehenden Machtverhältnissen scheitern und katastrophale Rückwirkungen herbeiführen.

Wollte jedoch eine neue Regierung, weil sie muß, genau so handeln wie die Regierung Birtch gehandelt hat, ihre Handlungen aber durch nationalistiche Redensarten zu verschleiern suchen, so könnte sie wohl dadurch innerpolitisch auf das Gefühl eingestellte Kreise für sich gewinnen, die auswärtige Lage Deutschlands würde sich aber dadurch ohne jeden Gegenwert verschlechtern.

Daraus geht hervor, daß die Sozialdemokratie eine Veränderung des außenpolitischen Kurses nicht mitmachen kann. Soll sie herbeigeführt werden, so müssen wir dafür sorgen, daß die Verantwortung für sie ausschließlich auf die Schultern derer fällt, die sie gewünscht haben. Ebenso kann die Sozialdemokratie auf keinen Fall einer Regierung angehören, die ihren innerpolitischen Kurs weiter nach rechts dreht. Lassen sich für eine Politik des verstärkten Schutzes der Republik und des sozialen Fortschritts neue zuverlässige Stützen gewinnen, so kann uns das nur recht sein. Eine nach rückwärts gerichtete Entwicklung wird die Sozialdemokratie auf keinen Fall mitmachen. Und ebensowenig ist von ihr zu erwarten, daß sie sich an einer Steuerpolitik beteiligen wird, die es unterläßt, für die Heranziehung des Besitzes zu den Lasten des Reichs realistische Garantien zu bieten.

Auf keinen Fall soll man sich darauf verlassen, die Sozialdemokratie werde, wenn die Not offenbar werde, schon wieder einspringen. Wenn durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien eine Notlage geschaffen wird, dann mögen sie auch die Mittel der Abhilfe schaffen. Wenn sie ein künstliches Labrynth erzeugen, dann mögen sie auch den Ausweg finden. Wenn irgend jemand glauben sollte, die Sozialdemo-

kratie als den Fudel behandeln zu dürfen, der gehoriam apportiert, was andere mutwillig ins Wasser geworfen haben, dann hat er seine Rechnung nicht nur ohne den Wirth, sondern auch ohne die Sozialdemokratie gemacht.

Wie es heißt, haben die bürgerlichen Krisenpolitiker zwar noch keine neue Reichstagsmehrheit, aber schon einen neuen Reichstagskanzler. Er heißt Lindenauer, ist Oberbürgermeister von Köln, Vorsitzender des preussischen Staatsrats und politisch rechtsgerichteter Zentrumsmann.

Die Monarchisten wollen Birtch in die Wüste schicken, weil ein Stück Oberschlesien verloren gegangen ist. Aber die Feststellung des „Vorwärts“, daß die Monarchie und nicht die Republik, daß Ludendorff und nicht Birtch die Schuld an diesem Verlust trägt, ist ihnen stark auf die Nerven gefallen. Zu diesem springenden Punkt der ganzen Angelegenheit äußert sich Graf Westarp in der „Kreuzzeitung“ äußerst behutsam. Er schreibt:

Der „Vorwärts“, dem man eine gewisse Genialität in der agitatorischen Ausgestaltung der jeweiligen Lage nicht absprechen kann, fand alsbald die richtige Wendung zu dem Thema, das ihm wichtiger ist als alles: Ludendorff und der Militarismus, das alte System und die nationalistischen Kreise trügen die Schuld an dem Verluste Oberschlesiens, also liege gar kein Anlaß vor, Herrn Birtch deshalb in die Wüste zu schicken. Es gehört schon die ganze Verborttheit dazu, mit welcher die Sozialdemokratie die Anschuldigung der eigenen Volksgenossen betreibt, über die sie am 9. November auf der ganzen Linie gesiegt hat, um nicht zu sehen, daß es sich bei der Frage des Rücktritts gar nicht um Schuld und Sühne, sondern darum handelt, ob die bisherige Politik mit Erfolg fortgesetzt werden kann oder eine andere Politik andere Personen erfordert.

Nachdem uns die Monarchisten tagelang die Ohren vollgebrüllt haben, Birtch, die Republik, die Revolution trügen Schuld an dem Verlust, wird auf einmal entdeckt, daß es sich gar nicht um die Schuldfrage handelt.

## Die Berliner Stadtverordnetenwahlen.

### Bisherige Einzelergebnisse.

1. Wahlkreis (Mitte).		
Sozialdemokraten	24 423	(17 534)
Unabhängige	20 651	(38 794)
Kommunisten	10 265	(—)
Demokraten	11 860	(9 897)
Deutschnationale	27 915	(15 038)
Deutschnationale	247	(—)
Deutsche Volkspartei	30 966	(20 908)
Wirtschaftliche Vereinigung	6 978	(4 472)
Zentrum	5 692	(5 015)

  

2. Wahlkreis (Tiergarten).		
Sozialdemokraten	21 666	(16 171)
Unabhängige	21 755	(41 102)
Kommunisten	9 216	(—)
Demokraten	11 522	(9 948)
Deutschnationale	31 750	(18 045)
Deutschnationale	667	(—)
Deutsche Volkspartei	23 440	(24 577)
Wirtschaftliche Vereinigung	6 890	(4 485)
Zentrum	5 336	(6 129)

  

3. Wahlkreis (Wedding).		
Sozialdemokraten	30 932	(24 436)
Unabhängige	50 033	(91 431)
Kommunisten	23 967	(—)
Demokraten	5 851	(5 742)
Deutschnationale	19 790	(11 810)
Deutschnationale	203	(—)
Deutsche Volkspartei	11 871	(14 711)
Wirtschaftliche Vereinigung	5 881	(3 629)
Zentrum	4 651	(4 301)

  

4. Wahlkreis (Prenzlauer Tor).		
Sozialdemokraten	33 681	(25 893)
Unabhängige	32 327	(60 484)
Kommunisten	15 338	(—)

Demokraten	8 810	(8 476)
Deutschnationale	24 788	(14 531)
Deutschnationale	185	(—)
Deutsche Volkspartei	15 786	(17 854)
Wirtschaftliche Vereinigung	6 501	(5 188)
Zentrum	5 100	(5 148)

### 5. Wahlkreis (Friedrichshain).

Sozialdemokraten	30 560	(25 155)
Unabhängige	39 500	(74 891)
Kommunisten	19 869	(—)
Demokraten	7 058	(6 655)
Deutschnationale	21 777	(12 247)
Deutschnationale	208	(—)
Deutsche Volkspartei	14 448	(17 350)
Wirtschaftliche Vereinigung	7 719	(5 076)
Zentrum	5 798	(6 333)

### 6. Wahlkreis (Kreuzberg).

Sozialdemokraten	43 398	(32 775)
Unabhängige	34 324	(64 660)
Kommunisten	17 235	(—)
Demokraten	12 862	(9 278)
Deutschnationale	32 725	(18 453)
Deutschnationale	285	(—)
Deutsche Volkspartei	27 743	(30 047)
Wirtschaftliche Vereinigung	8 368	(7 179)
Zentrum	6 448	(6 775)

### 7. Wahlkreis (Charlottenburg).

Sozialdemokraten	21 510	(20 457)
Unabhängige	16 215	(40 693)
Kommunisten	6 771	(—)
Demokraten	15 071	(15 011)
Deutschnationale	24 159	(19 852)
Deutschnationale	1 496	(—)
Deutsche Volkspartei	25 826	(30 231)
Wirtschaftliche Vereinigung	6 640	(7 833)
Zentrum	4 571	(5 513)

### 8. Wahlkreis (Spandau).

Sozialdemokraten	11 607	(8 509)
Unabhängige	6 253	(11 965)
Kommunisten	2 664	(—)
Demokraten	3 555	(3 314)
Deutschnationale	10 044	(6 579)
Deutschnationale	4 951	(—)
Deutsche Volkspartei	—	(5 957)
Wirtschaftliche Vereinigung	—	(—)
Zentrum	1 935	(1 656)

### 9. Wahlkreis (Wilmerdorf).

Sozialdemokraten	9 208	(7 318)
Unabhängige	4 103	(9 958)
Kommunisten	1 800	(—)
Demokraten	9 463	(7 616)
Deutschnationale	20 763	(10 478)
Deutschnationale	1 140	(—)
Deutsche Volkspartei	17 403	(15 625)
Wirtschaftliche Vereinigung	2 758	(1 759)
Zentrum	2 116	(1 861)

### 10. Wahlkreis (Zehlendorf).

Sozialdemokraten	20 581	(17 445)
Unabhängige	9 981	(23 392)
Kommunisten	4 035	(—)
Demokraten	9 592	(8 971)
Deutschnationale	25 723	(16 614)
Deutschnationale	957	(—)
Deutsche Volkspartei	34 476	(34 831)
Wirtschaftliche Vereinigung	6 495	(2 588)
Zentrum	3 965	(3 210)

### 11. Wahlkreis (Schöneberg).

Sozialdemokraten	17 704	(13 854)
Unabhängige	9 417	(19 012)
Kommunisten	4 135	(—)
Demokraten	11 420	(10 461)
Deutschnationale	27 040	(16 829)
Deutschnationale	2 003	(—)
Deutsche Volkspartei	21 590	(21 006)
Wirtschaftliche Vereinigung	5 000	(5 581)
Zentrum	4 005	(3 526)

## Herbst.

Von Max Dorn.

Banonen gelb sollen die Blätter der Pappeln.  
Traubenrot steht schon fast nackt, die Füße tief in das rote  
Kleid, rote Laub gefest.  
Die Weidenbäume rauschen ockernfarbig.  
Blutrot wickelt ihr Blatt raupenartig auf.  
Die Ulme seufzt.  
Der Ahorn wird struppig.  
Blatane ist schreckhaft wie die Eise gemorden.  
Nur die Tanne — die steht unberührt im oshtrreibenden Wind:  
Stolz und herbe:  
Wie ein selbstgeschaffenes Schicksal.

Von den Steinbrüchen herüber rollen Schiffe. Weißgelbweiß  
flattern die Staubwolken des zerrissenen Kalkgebirges mit dem  
Winde zu den Tälern.  
Dem Sommer verblutet das Herz.  
Und der Stein stirbt.  
Und Wehmuth tröpft aus unseren Seelen.  
Und der Waldvogel Gesang ist klein geworden.  
Und die Wollen sind weißglühende Sehnsucht.  
Aber der rote Sperber ist mutvoll — weit hin schwingt sein  
Kampfruf.

Die Fabriken verrauchten unsere Fläche. Ihre Ofen sind  
himmelbedrohende Steilgeschäfte. Das knarrende Radwerk der  
Zementmaschinen ist wie unsere Unzufriedenheit.  
Der Sommer er stirbt.  
Vielleicht auch steigt er süßhin? In goldenen Ländern wird er  
überfüllig tanzen? Wir haben so wenig von ihm gehabt. Es  
hielten uns die Fabriken mit ihren Zwangsarmen fest.  
Wollten wir in den Wald — dann rief die Fabrik: Hier-  
geblieben!  
Wollten wir wandern — dann hieß es: Werken, werken!  
Und nun stirbt der Sommer — —  
Für uns stirbt er.

Aber warum traurig sein? Auch der Herbst hat Sonne.  
Nicht fällt glückbringend in unsere Schreinerwerkstatt.  
Die Motoren pfeifen. Die Sägen trällern. Die Hämmer sprin-  
gen. Schrank wird. Bank wird. Und Wiege. Auch der Sarg.  
Endliches streift uns herbstlich.  
Aber wie dürften wir das Endliche fürchten — —? Ist es  
doch das Glück neuen Anfangs. Alles ist ewig. Die Umfor-  
mung kann dem schaffenden Menschen nicht Schmerz sein.

Ueber den Bergsee fliegt der grünblau bemantelte Wind.  
Kleine Wellen schnappen mit weißen Zähnen nach seinen tief-  
scheitenden Mantelzipfeln.  
Unser schwarzes Fischerboot treibt windmit — das Schleppey  
tief eingesenkt in die Durchsichtigkeit des Bergsees. Wie wird der  
Fang sein?

Wir wissen das nicht.  
Wir fahren aus und wir fahren ein — wir sind Sucher —  
Schenker ist der kristallklare See — der grundlose.  
Auf dem Hochgebirge steht der Herbst mit gelber Fahne.

Die Sirene brüllt wie hungernder Königstiger.  
Es ruft uns der Eisensteinschicht.  
Schicht. Schicht.  
Und dann sind wir im warmdunkigen Dunkel. —  
Im großen Schweigen:  
Im Leid der Gebirge.  
Schweigen darf nicht sein — Bohrmaschine kreischt auf — der  
Eisenstein wimmert — der Schuh rollt — Wagen beladen sich —  
Gladenzichen — aufwärts fliegt das rote Gestein.

In seinem Herzen den goldenen Funken: die Befreiung — die  
Befreiung durch Schmerz hin.  
Bom braungelben Herbstwald schwebt die Seilbahn zum Hüten-  
werk herab.  
Die Sommergestirne haben sich gesenkt. Neue Wellen steigen  
nächtlich auf. Umduftet von glühender Schönheit.  
Der Mond ist ein reifer Kürbis.  
Der Nachtwind trägt bereits Handschuhe.  
Die Frohkonzerte der sommerlichen Ritternächte sind abgefragt.  
Stoppelfelder zeigen ihre knochenweißen Verstimmlungen.  
Die letzte Fikade hat ihre Seige eingepakt.  
Ueberall hin hat sich der Herbst gesetzt — überall sehen wir  
keine gelbe Grinasse — —  
Herz, Herz — du bleibst doch rot!

Die Volkswang-Schule in Hagen. Karl Ernst Osthaus, der ver-  
storbene Hagenener Kunstfreund, hat als letzten seiner großen Pläne  
die Schaffung eines neuen Heims für seine Volkswangschule erwogen,  
die jetzt in dem von Henry von Helldorff erbauten Hohenhof unter-  
gebracht ist. Für diese von Osthaus gegründete Schule hat Professor  
Bruno Laut, der jetzt als Stadtdirektor in Magdeburg wirkt, Entwürfe  
geschaffen und sie werden nun mit einem Tei aus Osthaus' Nachlaß  
im „Genius“ veröffentlicht. Den Unterrichtsplan hat er in  
m a c h e n, ist das Ziel der Volkswangschule. Die Erziehung zur Quali-  
tät verlangt aber, so betont Osthaus, die Mitwirkung der Umgebung.  
Man sagt kaum zu viel, wenn man die qualitativste Existenz der  
meisten Deutschen von heute auf das Schulhaus zurückführt.  
Zwischen Zuchtäusern, Kasernen und Schulhäusern bestand lange  
Zeit kein Unterschied, Es gibt zahlreiche alte Dörfer und Städtchen,

die allein durch das Schulhaus profaniert werden. Wie sollte darin  
Urteil und Sinn für Werte erlangen werden? Wehren sich in der  
letzten Zeit auch die Versuche, durch anspruchsvollere Bauart und Ausstattung  
der Klassen, durch Verwendung der Schulhöfe in Schulgärten auf  
das Gemüt des Kindes zu wirken, so bleibt doch das Wichtigste noch  
zu tun. Solange wir die Schule nicht zum Brennpunkt des  
künstlerischen Lebens in unseren Städten machen, wird sie ungeeignet  
bleiben, die Generation von Menschen heranzubilden, auf denen  
allein die deutsche Zukunft beruhen kann.

Aus dieser Grundausfassung von Osthaus entstand Lauts  
Programm nicht als Utopie, sondern in Gestalt genau erwoogener Be-  
dürfnisse unter Annahme eines Bauplatzes, der in der Gartenstadt  
Hohenhofen tatsächlich zur Verfügung steht, auf dem 1906 begrün-  
deten Experimentierfeld für baufürstliche und stadtbauliche An-  
lagen. In der Mitte dieser Kolonie, an ihrer höchsten Stelle, soll die  
Schule liegen, in fünf Baugruppen. Die Wohngebäude sollen einen  
geräumigen Mittelhof umschließen, die Gruppe der Rußen schließt sich  
an, dann der Werkstättenhof und die Landwirtschaft, endlich ganz in  
der Mitte und an der höchsten Stelle das „Haus der festlichen An-  
sicht“, in dem die Idee des Glashauses der Kölner Werkbundaus-  
stellung weiter gesponnen ist. Das Internat ist in eine Reihe kuppel-  
bedeckter Pavillons aufgelöst, damit einzelne Gruppen zur Bildung von  
Familien oder Kameradschaften schließen können.

Ein Kongreß der deutschen Theaterregisseure. Die in der Ge-  
nossenschaft deutscher Bühnennachbarn organisierten künstlerischen  
Bühnenverbände der deutschen Theater sind aus dem ganzen Reich  
zu einer zweitägigen Sitzung in Berlin zusammengekommen. Sie  
haben wichtige Beschlüsse zum Schutz und zur Wahrung ihrer künst-  
lerischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten gefaßt.  
Die Versammlung hat weiter festgestellt, daß die ideale Ein-  
stellung für die Kunst des Theaters und der damit verbundene Opfer-  
mut in weiten Kreisen der Künstlerschaft, vor allem aber in Berlin,  
immer mehr im Schwanden ist und daß die Not der Zeit einen  
Materialismus erweckt hat, der wertvolle künstlerische Kräfte dem  
Theater abwendig macht.

Die künstlerischen Bühnenverbände erheben ihre warnende  
Stimme und richten einen ersten Appell an alle Kollegen, in  
idealistischer Berufstreue und ernstester Liebe sich wieder den hohen  
Aufgaben des Theaters zuzuwenden.

Eine Kunstpapier-Fabrikation ist in der Klosterruine des Berliner  
Kunsthofes wiederhergestellt worden. Sie zeigt die für das deutsche  
Buchgewerbe tätigen Künstler in den farblichen und druckmäßigen Ge-  
haltungen, die sie dem Kunstpapier, dem Reispapier und den anderen  
Formen von Vorkunst- und Kunstpapieren zu geben wissen.

Clara Debusch lang zum erstenmal wieder in Berlin im Schwedens-  
Saal am Dienstag 8 Uhr.

Woldemar Schäfer ließ am 30. Oktober 8 Uhr in den Räumen des  
Kunstlerbundes, Weidenhof 43, die jedermann zugänglich sind, aus seinen  
ungebrannten „Büchern der deutschen Seele“.

Ein Zirkonmusik in Göttrou. Auch der schöne Schloßhof von  
Göttrou, der prächtige von Redenburg, wird jetzt ein Museum an-  
nehmen. In lehrreiche Räume dieser Renaissanceebenen ist der Museum-  
besuch des bisherigen Schloßhofes übertragen worden.

# Das wählende Berlin.

## Gang durch die Straßen.

Der herbstliche Frühling hatte für den Wahlsonntag seinen schönsten blauen Himmel, den wir ja schon seit Wochen gewohnt sind, freigebig bereitgestellt. Wäre dieser Sonntag ein schöner unter vielen trüben gewesen, so hätte das auf die Wahlbeteiligung sicher noch hemmender gewirkt, als es ohnehin der Fall war. Aber schönes Wetter einen Tag wie den anderen macht gleichgültig, so daß es selbst die Masse der unentwegten Naturschwärmer vorzog, in das Sonntagsprogramm den Wahlgang einzuschließen.

Dem Spaziergänger durch die Straßen Berlins fielen in den Morgenstunden bereits kurz nach 9 Uhr jene Jägernden auf, in denen das Pflichtgefühl, wenn auch mit Mühe, aufgerüttelt worden war. Selbstverständlich war es für den Mann der schaffenden Hand den Tag — und mochte die Herbstpracht loden, wie sie wollte —, mit dem Werk zu beginnen, das für seine Zukunft so Wichtiges erwirken soll. In großen Trupps waren sie besonders im Norden und Osten erschienen, um darzutun, wie sie die Hege gegen den roten Rassistrat zu beantworten gedachten. Gegenüber der Sicherheit dieser Männer, die den Kampf benutzt führten und ihn auch in Zukunft allen widrigen Einflüssen zum Trotz führen werden, nahm sich das Häuflein der Unbehilflichen, das ängstlich suchend auf die Hüfte der dargebotenen Stimmzettel starrte, traurig genug aus. Es kamen auch kurz nach 9 Uhr die Frauen der Arbeitenden, bevor sie das Stück Sonntagsfleisch ansetzten und vor dem Kartoffelschalen. Die satte Behäbigkeit der bürgerlichen Frauen ließ sich sehen; sie konnten schließlich „auch“ wählen, aber nach dem Mittagessen und dem geruhamen Schlafen. Es lautete ob, als die leichten Morgennebel schwanden und die Sonne sich wieder siegreicher in Aktion setzte. Da waren die einen schon draußen und spazierten rufend durch das gelbe Herbstlaub.

Das Straßenbild war nicht verändert. Sechs Wahlen in drei Jahren sind der Wahlbeteiligung nicht förderlich. Keine Umzüge mehr, keine das Neuhere der Straße verändernde Propaganda. Der erbitterte Kampf hatte sich heiß vorher ausgetobt. An diesem ereignisreichen Tage herrschte Ruhe, kaum daß sich noch eines der heherischen Plakate der Rechtsparteien sonderlich breit machte. Die Herrschaften wußten, jetzt ist doch nichts mehr zu erreichen und die schönste Bären- und Rathauswölfe vermag heute keinen Trottel mehr zu erziehen. Dafür trat das eindrucksvolle, knappe und zweckentsprechende Plakat der SPD. sätiger in Erscheinung. Die Stimmzetteldistributoren trugen es in den Wahllokalen auf der Brust, und hier und dort sah man es, auf Stangen befestigt, aus den Häusern wehen.

### Der Wahlakt

zog sich mit den bekannten kleinen Unterbrechungen gleichförmig hin. Man hatte in gewissen Bezirken, wo sich das deutschnationale Klientel stärker breit machte, für eine gründlichere Wahlkontrolle gesorgt. Kleine Ursachen zum Einschreiten gab es genug. Da war wieder das unbehilfliche Hausmädchen, geführt und betretet von Dame und Hausherr, dem man mit stummem Blick den ominösen Zettel fürsorglich in die Hand spielen wollte. Der Herr Wahlvorsteher sah dergleichen nicht, und es mußten andere austreten; um ihn oft sehr energisch an seine Pflicht zu mahnen. Es kam wieder das Heer der alten Fräuleins, geführt von dem bebrillten Topf der „nationalen Frau“ (Marke: Unser guter Kaiser Wilhelm). Sie sorgte für alle und dirigierte die Ängstlichen, bis man sie freundlichst darauf aufmerksam machen mußte, daß es betagten Frauen, auch wenn sie noch so schlecht lesen konnten, ebenso gut möglich sei, den gewünschten Stimmzettel in Empfang zu

und die Beiche in der Wohnung liege. Als Kriminalbeamte daraufhin nachsahen, fanden sie die Angaben der Frau bestätigt. Die Täterin, Frau Lehmann, gab an, daß sie ihren Mann im Streit erschossen habe. Im Kampf habe sie zu der Waffe gegriffen und ihrem Manne die tödlichen Schüsse beigebracht. Der Fundort spricht jedoch gegen diese Behauptung. Nach der ganzen Lage scheint es sich vielmehr um einen planmäßigen Anschlag zu handeln. Auch die bisherigen Feststellungen und Zeugenerklärungen sprechen für diese Annahme. Wie ermittelt wurde, lebte das Ehepaar seit geraumer Zeit in Unfrieden. Beide gingen ihre eigenen Wege, da Frau Lehmann sehr leichtsinnig lebte. Sehr auffällig ist auch ihr Verhalten nach der Tat. Sie hat sich in der Wohnung, in der ihr erschossener Mann lag, in aller Ruhe feiert und angekleidet, hat dann ihren Hund genommen und ist mit diesem zuerst spazieren gegangen. Schließlich hat sie den Hund in einer Hundeanstalt abgegeben und ist dann zur Polizei gegangen. Der Erschossene wird als ein sehr ruhiger Mann geschildert, der in Kürze Leitgeber der Gesellschaft werden sollte, bei der er bisher als Praktiker tätig war. Die Täterin wurde in Haft gehalten und die Leiche des Mannes nach Aufnahme des Tatbestandes und photographischer Festlegung des Tatortes beschlagnahmt.

### Widernutzung von Fernsprechanhängen.

Nach der neuen Fernsprechanordnung sind Vereinigungen von Personen, Firmen usw. zulässig, die sich lediglich in der Absicht zusammenschließen, Fernsprechanlagen gemeinsam zu benutzen. Die Telegraphenverwaltung erkennt solche Vereinigungen widerruflich unter folgenden Voraussetzungen an, wobei sie die einzelnen Beteiligten auch in das amtliche Fernsprechbuch aufnimmt: Die Personen usw., in deren Räumen sich keine Sprechstellen befinden, müssen entweder mit dem Teilnehmer gemeinsame Wohn- oder Geschäftsräume innehaben, oder die beiderseitigen Wohn- oder Geschäftsräume müssen so zu einander liegen, daß durch das Herbeiführen der Teilnehmer keine unüberdäunsmäßig langen Wartezeiten entstehen. Familienangehörige des Teilnehmers werden in das amtliche Fernsprechbuch nur eingetragen, wenn sie einen selbständigen Beruf ausüben oder ein selbständiges Geschäft haben. Tun sich die Inhaber eines oder mehrerer Hauptanschlüsse zusammen, um eine Nebenstellenanlage gemeinsam zu betreiben, so müssen sich ihre Wohn- oder Geschäftsräume in demselben Gebäude befinden. Die Inhaber solcher Hauptanschlüsse haben sich schriftlich zu verpflichten, für alle auskommenden Gebühren als Gesamtschuldner zu haften. Für die Hauptanschlüsse solcher Nebenstellenanlagen stellt die Telegraphenverwaltung zunächst Folgebewilligungen zur Verfügung. Für Nebenstellen wird der Zuschlag von 40 M. nur erhoben, wenn sie sich in Wohn- oder Geschäftsräumen anderer Personen als der Inhaber der gemeinsam betriebenen Nebenstellenanlage befinden.

### Praktische Schulreform im Sinne Paulsens.

Bei Beginn des neuen Schuljahres war es in einer Treptower Volksschule die erste Lat eines neuen Lehrers, daß er zu seiner Klasse sagte: „Jungens, ich kenne euch noch nicht, also machen wir morgen eine Landpartie... da lernen wir uns am besten kennen!“ Die Klasse jubelte. Aber es kam noch besser. Während der Landpartie gab der Lehrer das Thema zu einem Schulausflug an und sagte: „Nur wer Lust hat, macht diesen Ausflug!“ Die Folge war, daß die so fein an ihrer Schullehre gekipelten Jungens unter sich ausmachten: „Den Ausflug machen wir alle... keiner darf zurückbleiben!“ So wurde zwischen Lehrer und Schülern in drei Tagen ein schönes Vertrauensverhältnis hergestellt.

nehmen. Es kam wieder die alte Dame, die ihre Brille vergessen hatte und in der verchwiegenen Zelle ratlos über der Fülle der Zettel brütete und die schließlich, als man sie zur Eile drängte, den ersten besten in den Umfschlag steckte.

In den ersten Nachmittagsstunden setzte es dann wieder stärker ein, um kurz vor 5 Uhr seinen Höhepunkt zu erreichen. In einigen westlichen Bezirken mußten viele unverrichteter Sache umkehren, zum Teil auch, weil sie in den Bussen nicht eingetragenen waren (in Dahlem zum Beispiel waren es 150). Sie zuckten die Achseln und dachten: Wenn nicht, dann nicht. Es war für sie kaum soviel, wie ein verflüchtigtes Rendez-vous.

### Die Wahlbeteiligung

wird von unterrichteter Seite prozentual wie folgt berechnet: Kreis 1 — Mitte: 75—78 Proz., Kreis 2 — Tiergarten: 60—64 Proz., Kreis 3 — Wedding: 65—70 Proz., Kreis 4 — Prenzlauer Tor: 70 Proz., Kreis 5 — Friedrichshain: 70—72 Proz., Kreis 6 — Hallesches Tor: 65—70 Proz., Kreis 7 — Charlottenburg: 70 Proz., Kreis 8 — Spandau: 60 Proz., Kreis 9 — Wilmersdorf: 60 Proz., Kreis 10 — Zehlendorf: 60—65 Proz., Kreis 11 — Schöneberg: 60 Proz., Kreis 12: Steglitz: 75—78 Proz., Kreis 13 — Tempelhof: 70—73 Proz., Kreis 14 — Neukölln: 62—65 Proz., Kreis 15 — Treptow: 65—70 Proz., Kreis 16 — Köpenick: 65 Proz., Kreis 17 — Lichtenberg: 30 Proz., Kreis 18 — Weichensee: 55—60 Proz., Kreis 19 — Pantow: 55 Proz., Kreis 20 — Reinickendorf: 60—70 Proz.

### Schule und Kirche im Wahlkampf.

Ungewöhnlich stark war diesmal die Verwendung von Schulkindern bei den am Wahltag notwendigen Arbeiten. Gerade diejenigen Parteien, die sonst über die Hineinziehung der Kinder in den Streit der politischen Parteien sich am lautesten entristeten, hatten Kinder in Masse als Zettelverteiler eingestellt. Die Deutsche Volkspartei, die deutschnationale Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Zentrum und die demokratische Partei — alle hatten sie sich die Hüfe der Schulkinder zunutze gemacht. Nicht nur ältere Schüler und Schülerinnen, sondern auch die Kinder von weniger als 14 Jahren, von 13, 12, 11 Jahren standen vor den Wahllokalen, ausgerüstet mit den Plakaten der bürgerlichen Parteien, und boten den Wählern ihre Zettel an. Auch als Träger von Stangenplakaten und als Verteiler von Flugblättern mußten so junge Kinder dienen, weil die bürgerlichen Parteien eine ausreichende Zahl erwachsener Hilfskräfte nicht eingestellt hatten. Für die deutschnationale Volkspartei liefen auch Kinder umher, die sich eifrig an der Zerstörung angelegter Zettel der sozialistischen Parteien beteiligten. Wenn sie sich unbehobachtet glaubten, überklebten sie diese Zettel mit gummierten Zetteln, die den roten Bären zeigen, wie er aus dem deutschnational-schwarzweikroten Tauchentübel übergeben wird. Das alles soll wohl dazu geeignet sein, den Kindern die „Harmlosigkeit“ zu erhalten, die von Monarchisten und Reaktionären so oft als „höchstes Gut“ der Kinder gepriesen wird. Vielleicht sind die schwarzweikroten Eltern der Meinung, daß die ihren Kindern gegebene Anweisung, rote Plakate zu zerstören oder durch Überkleben unlesbar zu machen, das beste Mittel gegen die von ihnen beklagte „Verwahrlosung der Jugend“ ist.

Sehr eigenartig wirkte übrigens auch die Hineinziehung der Kirche in den Wahlkampf. Vor der katholischen Kirche auf dem Winterfeldtplatz war dicht vor den Stufen des Hauptportals ein Zettelverteiler aufgestellt, der jedem Kirchenbesucher einen Stimmzettel der Zentrumspartei in die Hand drückte. Es versteht sich von selber, daß die Kirche nicht etwa als Wahllokal diente. Offenbar glaubte man, daß ein besonderer Segen auf den Stimmzetteln ruhen werde, die man im Schatten der Kirche an die Gottesfürchtigen verteilte.

**Tödliche Straßensünfälle.** In der Nacht zum Sonntag, kurz nach 2 Uhr, wurde an der Ecke der Invalidenstr. und der Gartenstraße der Schiffsarbeiter Oswald Slegwanz aus der Köpenicker Straße 10 von einem Automobil überfahren und tödlich verletzt. Nach Feststellung des Todes wurde die Leiche nach dem Schauhaus gebracht. Kurz vor 5 Uhr morgens wurde vor dem Hause Köpenicker Straße 167 der Schanzwirt Otto Haufe aus der Berliner Straße 110 zu Niederschöneweide von einem Lastkraftwagen der Glasfabrik Morgenhütte in Köpenick überfahren und getötet.

**Straßenbahnstreik in Lichterfelde.** Auf dem Straßenbahnhof 11 in Lichterfelde ist ein Streit ausgebrochen, weil vier Mitglieder vom Betriebsrat zur Disposition gestellt wurden, die Freitag nachts an die Straßenbahnwagen Zettel der SPD. angeklebt haben sollen. Am Sonntag wurde eine Vollversammlung abgehalten, in der beschloffen wurde, den Betrieb nicht eher aufzunehmen als bis die vier Betriebsratsmitglieder wieder eingestellt sind.

**Einen Vortragabend für Mieterkäte und Mieter** veranstaltet der Mieterbund Berlin-Steglitz e. V. am Mittwoch, den 19. d. M., 8 1/2 Uhr abends, im „Bauernburger Hof“, Steglitz, Bauernburger, Ecke 7. Straße, zur Besprechung wichtiger Mietfragen.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überlegend heiter, nur zeitweise etwas neblig. Nachts ziemlich kühl, am Tage sehr mild, bei meist schwachen südlichen Winden.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Wichtig! Genossenschaftsleiter der SPD.** Wir erlauben die heute abend im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung des Genossenschaftsrats der Konsumgenossenschaft unter allen Umständen zu besuchen und die Beschlüsse unserer Vollversammlungen zur Durchführung zu bringen. Der Arbeitsausfluß. Die Arbeitsgemeinschaft „Marxistische Probleme“ (Erich Hoffe) muß noch um eine Woche vertagt werden. Beginn: Dienstag, den 25. abends 7 1/2 Uhr, im Diskussionszimmer des Zentraljugendheims, Linienstr. 2. Der Arbeitsausfluß.

### Ein Dollar 170,50 Mark.

Es war zu erwarten, daß die ungünstige Entscheidung der oberösterreichischen Frage eine verschärfte Entwertung der Mark nach sich ziehen würde. Das, was sich gegenwärtig am Berliner Devisenmarkt abspielt, kann jedoch nicht mehr als naturgemäße Reaktion auf den Verlust des oberösterreichischen Industrieviers gelten. Es sind offenbar starke spekulative Kräfte am Werke, die aus dem Devisenbedarf der Industrie und des Warengroßhandels besonderen Nutzen zu ziehen suchen. Es zeigt sich nämlich, daß die letzte Markentwertung einen großen Teil der deutschen Industrie, die auf den Rohstoffbezug vom Auslande angewiesen ist, völlig überraschend kam. Die bestehenden bedeutenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande können nunmehr nur unter großen Verlusten gedeckt werden. Infolgedessen werden gegenwärtig seitens großer industrieller Betriebe und großer Handelsunternehmungen bedeutende Mengen ausländischer Devisen aufgetauft. Der Kurs wird jedoch durch Einkäufe der Spekulation bedeutend höher getrieben, als dies bei normalem Verlauf gerechtfertigt erscheint. Das Ergebnis dieser spekulativen Machinationen für die deutsche Volkswirtschaft wird eine erhebliche Störung in der Rohstoffversorgung sein.

### 12. Wahlkreis (Neukölln).

Sozialdemokraten	34 225	(27 847)
Unabhängige	29 129	(56 604)
Kommunisten	17 017	(—)
Demokraten	5 492	(4 848)
Deutschnationale	14 823	(7 874)
Deutschnationale	209	(—)
Deutsche Volkspartei	11 594	(12 575)
Wirtschaftliche Vereinigung	6 840	(—)
Zentrum	3 244	(3 052)

### 13. Wahlkreis (Treptow).

Sozialdemokraten	16 301	(14 424)
Unabhängige	12 159	(26 196)
Kommunisten	8 429	(—)
Demokraten	4 568	(4 565)
Deutschnationale	8 992	(—)
Deutschnationale	5	(—)
Deutsche Volkspartei	12 150	(8 786)
Wirtschaftliche Vereinigung	3 767	(9 108)
Zentrum	2 001	(1 909)

### 14. Wahlkreis (Lichtenberg).

Sozialdemokraten	11 955	(13 563)
Unabhängige	18 200	(32 682)
Kommunisten	9 700	(—)
Demokraten	3 909	(3 178)
Deutschnationale	10 494	(5 025)
Deutschnationale	125	(—)
Deutsche Volkspartei	11 168	(8 770)
Wirtschaftliche Vereinigung	5 904	(4 417)
Zentrum	3 033	(2 812)

### 15. Kreis (Weichensee, Pantow usw.)

Die Resultate dieses Kreises stehen bei Schluß des Blattes noch aus.

#### Vorjährige Resultate:

Sozialdemokraten	15 007
Unabhängige	38 850
Kommunisten	—
Demokraten	6 214
Deutschnationale	16 032
Deutschnationale	—
Deutsche Volkspartei	15 684
Wirtschaftliche Vereinigung	2 848
Zentrum	3 327

### Die bürgerliche Presse zum Wahlausfall.

Anlässlich der Berliner Wahl hatte eine größere Anzahl Zeitungen als sonst am heutigen Morgen Extraausgaben erscheinen lassen. Darunter befand sich auch der „Vorwärts“, dessen Extraausgabe, wie wir feststellen konnten, in tabellarischer Aufmachung weitläufig die meisten Einzelresultate und das vollständigste Gesamtresultat mitteilte.

Die Sprache der erschienenen Blätter ist im allgemeinen zurückhaltend, da bei der annähernden Stimmgleichheit zwischen bürgerlichen und sozialistischen Parteien die Frage, wer die Mehrheit gewonnen hat, noch nicht geklärt war. Immerhin sind die bürgerlichen Blätter über die Aussicht auf eine bürgerliche Mehrheit oder mindestens Stimmgleichheit sehr erfreut, am meisten der „Total-Anzeiger“, der den gestrigen Tag als eine Etappe im „Gesundungsprozess“ bezeichnet. Das deutschnationale Blatt meint: Auch wenn keine bürgerliche Mehrheit erzielt sei, aber sozialistische und nicht-sozialistische Parteien sich die Waage hielten, könne das Bürgertum mit dem Erfolg zufrieden sein.

Ähnlich äußert sich die volksparteiliche „D. V. Z.“, die feststellt, daß die rote Vorherrschaft in Berlin mindestens „abgemildert“ sei. Ihre Freude wird aber getrübt durch den Rückgang der volksparteilichen Stimmen. Sie schiebt diesen darauf, daß der Protest der Wähler gegen das sozialistische Regiment sich auf die Opposition konzentriert habe, die sich am weitesten nach rechts abhob, also auf die Deutschnationalen.

Die demokratische „Montagspost“ freut sich ihrerseits, daß die Demokraten der Deutschen Volkspartei Stimmen abgewonnen haben. Sie sieht in der Wahl eine Niederlage der Unabhängigen und Kommunisten, die bei der vorjährigen Wahl noch in einer Partei waren und jetzt bei getrenntem Marchieren vielsach nur die Hälfte der vorjährigen Stimmen aufgebracht haben. Dagegen betont die „Montagspost“ die Stimmenzunahme der Sozialdemokratie.

## Groß-Berlin

### Die Mondfinsternis.

Der gute Mond, der so still wie gewöhnlich über einen wolkenreichen Himmel ging, konnte in der vergangenen Nacht beobachten, daß er sich bei den Berlinern einer besonderen Gunst erfreute. Er schien auf zahllose nach oben gerichtete Gesichter, und manche mußten sogar, warum sie nach oben schauten.

Am Blücherplatz hatte ein Fernrohrverleiher sein Teleskop aufgebaut und gab dem Publikum Gelegenheit, für kleine Papierschneide die Mondfinsternis in Vergrößerung zu sehen. Er machte glänzende Geschäfte. Wie in den schlimmsten Kriegszeiten nach Butter, so stand in der vergangenen Nacht das Publikum nach Mondfinsternis an. Wer das Glück hatte, gerade sein Auge an das Objektiv zu halten, mußte sehr bald einem ungeduldig drängenden Hintermann Platz machen. Aber alle stimmten überein, daß sich die Sache lohnt habe. Der Berliner ist nämlich gar nicht so materiell veranlagt, wie viele glauben. Seine Neugierde ist zuweilen noch größer als seine Glast. (Der Verfasser bittet wegen dieser Bemerkung um Schonung.)

Die meisten Sprechener begnügten sich jedoch mit einem Blick des unbewaffneten Auges (so unbewaffnet, daß jeder Reichentwaffnungskommissar seine helle Freude daran gehabt hätte) von einem freien Plage aus. Wo einer den Hals reckte, traten es natürlich die anderen auch, meist ohne zu wissen warum. Neben mir lächelte ein Mann seinem Schach zu: „Sieh mal: 3-zunehmender Mond.“ Und Schach bestätigte verständnisvoll: „Jawohl: Sichelmond.“ Daß heute Vollmond ist und ein Sichelmond ganz anders aussieht als dieser Apfel mit der weggebliebenen Wacke, merken beide nicht. Sie sind vom Schlage jenes Berlinertums, daß ebenso wenig Roggen vom Hofer, wie eine Mondfinsternis vom Sichelmond unterscheidet. Als aber die Sichel immer schmäler wich, merken Mann und Schach, daß eine Mondfinsternis ihre praktischen Seiten hat und drücken sich in eine abgelegene Gasse, die bedeutend finsterner ist, als wenn der Vollmond geschienen hätte.

### Gattenmord in Steglitz.

#### Der Ehemann im Streit erschossen.

Durch drei Revolverkugeln löstete gestern die 42 Jahre alte Frau Wanda Lehmann aus der Parttelstr. 1a zu Steglitz ihren Gatten. Frau L. erschien selbst auf dem Polizeiamt Steglitz und teilte dort mit, daß sie vor mehreren Stunden ihren Ehemann erschossen habe

